

AKTUELL

ENERGIE

Ciao Edison!

Bernard Thomas

2012 soll es Europa in Europa keine Glühbirnen mehr geben. Diese seien „ineffiziente Dinosauriertechnik“, meint der grüne Europaabgeordnete Claude Turmes. Doch nicht jeder will mit der Zeit gehen.

„Alles wird klar sein, von einer immer höheren und immer tieferen Klarheit, und alles wird kalt sein, von einer immer entsetzlicheren Kälte. Wir werden in Zukunft den Eindruck von einem immer klaren und immer kalten Tag haben“, meinte einst Thomas Bernhard. 2012 werden die Europäer in einem neuen Licht baden. Dieses verbraucht zwar weniger Energie, sei jedoch, so beschwerten sich jetzt viele, irgendwie unfreundlich, kälter und noch dazu elektromagnetisch. Dass viele Menschen kaltes Licht nur widerwillig ertragen, bestätigt sich dieser Tage im Supermarkt Belle-Etoile. Wie eine Cactus-Verkäuferin der Woxx mitteilte, haben in den

letzten Wochen „vor allem ältere Personen“ die Vorräte an Glühbirnen weggekauft. „Sie waren nicht zu überzeugen“, meint die Verkäuferin. Das Ende der Glühbirne erzeugt ästhetisches Unbehagen in der EU-Zivilisation. Missfallen ruft vor allem die Form der Sparlampen hervor, die „nicht zu klassischen Kronleuchtern passen“. Man hält treu an der Beleuchtung mit dem warmen und buttrigen Glühbirnenlicht fest.

Diese ästhetische Vorliebe lässt sich natürlich nur schwer mit dem Schutz der Umwelt vereinbaren. Denn herkömmliche Glühlampen sind verfressene Stromverbraucher. Nur fünf Prozent der benutzten Energie werden in Licht verwandelt, der Rest verpufft in Wärme. Mit dieser Verschwendung sollen Sparlampen ein Ende machen: teure Modelle halten zehn Mal länger und sparen bis zu 80 Prozent Strom. Außerdem ist die Farbtemperatur und die Farbwiedergabe bei heutigen

Markensparlampen fast genau so warm und natürlich wie bei der alten Glühbirne.

Das Dilemma der Konsumenten ist jetzt beseitigt. Eine Koalition aus allen europäischen Regierungen, der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments hat die Glühlampe abgeschafft. Seit Mittwoch sind der Import und die Herstellung von 100-Watt-Birnen in der EU verboten. Folgen sollen im nächsten Jahr Glühbirnen von 75 Watt, und schließlich, im Jahre 2012, die mit 40.

Profitieren wird davon das Klima. Nach Berechnungen der EU-Kommission werden durch das Verbot jährlich 15 Millionen Tonnen an Treibhausgasen eingespart. Doch hat die Sparlampe auch Schattenseiten. Sie ist teurer - um die acht Euro -, entwickelt in einer Umgebung von circa 20 cm ein elektromagnetisches Feld und enthält Quecksilber - zwar nur sehr wenig, aber genug, um wie bei Batterien eine Entsorgung im Spezialmüll erforderlich zu machen. Vor allem billige Sparlampen „soll man vom Kopf weg halten“, meint Akut-Sprecher Robi Turpel und warnt vor Sparlampen auf Nachttischen und in Kinderzimmern. Dass aber, einem im Editorial des Lëtzebuerger Journals wiedergege-

benen Gerücht zufolge, das spezielle Licht nicht nur Diabetes und Osteoporose fördert, sondern auch für die Störung des Immunsystems verantwortlich sein und sogar das Risiko von Brust- und Prostatakrebs erhöhen kann, ist wissenschaftlich nicht belegt. „Richtig wütend“ wird der Europaabgeordnete Claude Turmes (déi Gréng) wenn er solche „Halbwahrheiten“ hört. Schuld an diesen sei die „Nonchalance“ der luxemburgischen Regierung und insbesondere des Wirtschaftsministers Jeannot Krecké (LSAP), meint Turmes gegenüber der Woxx. Nachdem Krecké Ende 2008 die Entscheidung, die Glühbirne abzuschaffen, mitgetragen habe, sei er „auf Tauchstation“ gegangen. Weder Informationskampagnen noch öffentliche Erklärungen habe es gegeben, so dass ein „Vakuum“ entstanden sei, das nach Belieben von „Populisten“ besetzt werden kann, so Turmes weiter.

Bei den Journalisten wurde diese Woche denn auch das alte Lied von der „Brüsseler-Bürokraten-Maschinerie, die sich in alle Lebensbereiche einmischt“ (Telecran 05/09/09) angestimmt. Nachfragen muss man jedoch nicht in Brüssel, sondern direkt bei Herrn Krecké.

SAARLAND

Mit Nadelstreifen in Richtung Jamaika

Uwe Hentschel

Nach der Landtagswahl im Saarland sind für den noch amtierenden CDU-Ministerpräsidenten Peter Müller die fetten Jahre vorbei. Wenn er weiter regieren will, muss er Kompromisse eingehen. Eine Erfolgsgarantie gibt es dabei nicht.

Angela Merkel sieht man es nicht unbedingt an, ob sie gerade gut oder schlecht gelaunt ist. Doch seit Sonntagabend hängen die Mundwinkel der deutschen Kanzlerin besonders tief. In drei Bundesländern wurde ein neuer Landtag gewählt. Während die Stimmenverluste der CDU in Sachsen gegenüber der Wahl von 2004 bei weniger als einem Prozent liegen, haben die Christdemokraten in den beiden anderen Bundesländern herbe Niederlagen hinnehmen müssen. In Thüringen erhielten sie laut vorläufigem amtlichen Endergebnis mit 31,2 Prozent der abgegebenen Stimmen annähernd 12 Prozent weniger als bei der Wahl

vor fünf Jahren, und im Saarland beträgt der Verlust sogar 13 Prozent. Von 47,5 Prozent auf 34,5 - das ist bitter. Für die CDU-Chefin Angela Merkel und erst recht für ihren Parteikollegen Peter Müller. Der nämlich ist der derzeitige Ministerpräsident im Saarland und würde es auch gerne bleiben. Doch wer den Machterhalt um jeden Preis will, muss dafür ihn auch Kompromisse eingehen. Müller, dessen Partei bislang mit 27 von 51 Sitzen die absolute Mehrheit im Landtag hatte, benötigt nun eine besonders große Portion der Bereitschaft dazu.

Dass die CDU für eine Regierung des Saarlands zukünftig auf eine Koalition mit der FDP angewiesen sein würde, hatte sich aufgrund der Umfragewerte bereits im Vorfeld abgezeichnet. Und weder bei Christdemokraten noch bei Liberalen bestehen hier nennenswerte Berührungsängste. Das Problem ist nur: Es reicht nicht. Die CDU erhält 19 Sitze, die FDP 5, so-

mit haben beide zusammen 24 von 51 Stimmen, und damit 2 zu wenig für die absolute Mehrheit.

Deshalb denkt Müller jetzt offen über die Bildung einer sogenannten Jamaika-Koalition nach. Doch selbst für das bisschen grün müsste die CDU vieles von dem, was sie sich vor der Wahl auf die Fahnen geschrieben hat, wieder wegstreichen. Denn um die Grünen mit ihren drei Stimmen als Koalitionspartner zu gewinnen, müssen sowohl CDU als auch FDP eine hohe Bereitschaft zu Zugeständnissen aufbringen. Die ist bei Müller offensichtlich gegeben. Bei zentralen Anliegen der Grünen, wie dem Nichtraucherschutz oder der Abschaffung der Studiengebühren, hat der Noch-Ministerpräsident bereits Verhandlungsbereitschaft signalisiert.

Die Grünen, die sich nach Aussage ihres Landeschefs Hubert Ulrich zunächst alle Optionen offen halten wollen, schließen eine Jamaika-Koalition nicht grundsätzlich aus. Nachdem sie sich jedoch im Wahlkampf für einen Machtwechsel in Saarbrücken eingesetzt hatten, bekämen sie - abgesehen von den inhaltlichen Differenzen - mit einer solchen Entscheidung ein großes Glaubwürdigkeitsproblem bei ihrer Wählerschaft. Die Sozialdemokraten kamen bei der Wahl auf 24,5 Prozent der Stimmen (2004 waren es 30,8) und sind somit mit 13

Sitzen dabei. Um zu regieren, müsste die SPD entweder mit der CDU eine Große Koalition bilden, was jedoch als unwahrscheinlich gilt, da sowohl Maas als auch Müller Ministerpräsident werden wollen, oder aber ein rot-rot-grünes Bündnis mit der Linken eingehen. Diese ziehen mit 21,3 Prozent der Wählerstimmen und 11 Sitzen zum ersten Mal in das saarländische Parlament ein - ein grandioser Erfolg, den sie vor allem Oskar Lafontaine zu verdanken haben.

Der 65-Jährige, der von 1985 bis 1998 SPD-Ministerpräsident des Saarlands war, den Kurs der rot-grünen Bundesregierung von Beginn bis zum Ende kritisierte, die SPD schließlich verließ und seit 2005 als Bundespartei der Linken vorsteht, ist der Vater des Erfolgs seiner neuen Partei, aber auch ihr Problem. Vor allem aufgrund seiner umstrittenen Persönlichkeit stellt er ein Hindernis für jede Koalitionsvereinbarung dar. Die Bildung einer rot-rot-grünen Regierung scheint dennoch die wahrscheinlichste der möglichen Varianten zu sein. Denn so viel ist sicher: Peter Müller ist zu vielem bereit, nur ganz gewiss nicht zu einer Regierungsbildung mit der Linken. So weit, wie sie es in dem Fall wohl müssten, können die Mundwinkel der Kanzlerin unmöglich noch sinken.